

Weitere Infos unter
attac.de/sozialstaat



Was sind „versicherungs- fremde Leistungen“?

Eine Reihe von Aufgaben und Leistungen, die eigentlich gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen, werden über die Sozialbeiträge teilweise nur von der Gruppe der Sozialversicherten bezahlt.

4 Die Sozialversicherungen haben die Auszahlung zusätzlicher, politisch gewollter Leistungen übertragen bekommen. Wichtige versicherungsfremde Leistungen sind beispielsweise die vom Bundestag beschlossene Aufwertung von DDR-Renten sowie die Mütterrente. Die vom Staat dafür geleisteten Ausgleichszahlungen werden fälschlicherweise „Zuschüsse“ genannt, obwohl sie nicht für Versicherungsleistungen verwendet werden. Im Gegenteil: Da sie bei weitem nicht die zusätzlichen Ausgaben decken, finanzieren die Versicherten gesamtgesellschaftliche Aufgaben ganz allein. Laut Deutscher Rentenversicherung beläuft sich der fehlende Betrag allein bei der Rentenversicherung auf knapp 40 Milliarden Euro.

Wie können wir den Sozialstaat gerecht gestalten?

Die bisherigen Versicherungen sollten durch *eine* Versicherung abgelöst werden, in die *alle* Bürger*innen einzahlen und die sie individuell absichert. Zur Finanzierung sollten *alle* Einkünfte – also insbesondere auch Kapitaleinkünfte (Dividenden, Mieten etc.) – herangezogen werden und Beitragsbemessungsgrenzen (siehe 2) entfallen, so dass alle ihrem Einkommen entsprechend gleich belastet werden.

5 Die Versicherung umfasst die allgemeinen Sozialleistungen, die allen Menschen in gleichem Umfang bzw. gleicher Höhe zustehen (Rente, Krankenversicherung, Pflege) und bildet somit ein Basissozialsystem. Daneben tritt – wie bisher – eine paritätisch finanzierte Berufsversicherung für Lohnersatzleistungen über dem Basisniveau, deren Beiträge und Leistungen nach wie vor von der Einkommenshöhe abhängen. Zudem müssen Diskriminierungen und Benachteiligungen im Erwerbsleben wie der Gender Pay Gap aufgehoben beziehungsweise durch spezielle Maßnahmen ausgeglichen werden.

Den Sozialstaat gerecht gestalten!



**Eine Versicherung
für alle von allem!**



Ist der Sozialstaat noch bezahlbar?

Eine gute soziale Absicherung für alle ist in Zeiten steigender Alters- und Kinderarmut sowie anwachsender weltweiter Krisen notwendiger denn je. Doch stattdessen kommen Regierungen in Bund, Ländern und Kommunen mit Sparzwängen und Bürokratieabbau und behaupten, die Sozialausgaben „explodieren“.

1

Fakt ist: Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis der Sozialausgaben zur Wirtschaftsleistung eines Landes (BIP), ist nur leicht angestiegen. Im Vergleich zu anderen entwickelten OECD-Ländern liegt sie im Mittelfeld. Es gibt also keine „Kostenexplosion“ in diesem Bereich.

Dazu kommt: Deutschland ist trotz geringer Wachstumsraten nach wie vor eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt mit einem im internationalen Vergleich enormen Außenhandelsüberschuss – und sehr hohen Privatvermögen (derzeit insgesamt über 20 Billionen Euro).

Worin genau besteht die „Krise des Sozialstaats“?

Medial wird immer wieder die Aussage verbreitet, das zentrale Problem des Sozialstaats bestünde im demografischen Wandel. Dabei sind ganz andere Punkte für Finanzierungslücken verantwortlich.

2

- An der Finanzierung der Sozialversicherungen sind bisher nur Einkommen aus unselbständiger Erwerbsarbeit beteiligt – und die nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze.
- Lebenslange Beschäftigung und damit eine konstante Einzahlung in die Sozialversicherungen ist nicht mehr die Regel. Immer mehr unsichere und kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse haben deutlich sinkende Einnahmen der Sozialkassen zur Folge. Diese Tendenz wird durch die im Verhältnis zu den erwirtschafteten Gewinnen viel zu geringen Lohnerhöhungen der letzten Jahrzehnte verstärkt. Von den Gewinnen profitieren v. a. Bezieher von Kapitalerträgen.
- Eine große Belastung für die Sozialkassen sind zudem die sog. versicherungsfremden Leistungen (siehe 4).

Welche Rolle spielt der demografische Faktor?

Es ist richtig, dass die Sozialkassen in den letzten Jahrzehnten durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft und den damit einhergehenden Rentenzahlungen sowie Gesundheits- und Pflegeleistungen stärker belastet worden sind. Doch der demografische Faktor wird in der öffentlichen Diskussion oft unschlich überbetont, gegenteilige Faktoren nicht berücksichtigt.

3

Trotz des demografischen Wandels ist die Sozialleistungsquote (siehe 1) nicht rasant gestiegen. Außerdem zeigen aktuelle Studien, dass die Gesellschaft insgesamt nicht mehr weiter altert, die Lebenserwartung stagniert. Zudem wirkt die Zuwanderung jüngerer Menschen einer Überalterung entgegen. In den letzten Jahren ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter sogar stärker gestiegen als die Zahl der Rentner*innen, so dass immer mehr Arbeitnehmer*innen die Rente schultern. Wenn die Zuwanderung nicht durch eine migrationsfeindliche Politik zum Erliegen gebracht wird, könnte man die Anzahl der Beitragszahler*innen in die Sozialsysteme stabilisieren.